



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt
Wuppertal

*Herrn Oberbürgermeister
Peter Jung*

Gemeinsamer Antrag

Datum 22.04.2008

Drucks. Nr. VO/0378/08
öffentlich

Zur Sitzung am
05.05.2008

Gremium
Rat der Stadt Wuppertal

Resolution Keine Gebühren für die Ausstellung "Zug der Erinnerungen" Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Wuppertal vom 22. 04. 2008

Beschlussvorschlag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD beantragen, der Rat der Stadt Wuppertal möge beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal appelliert an die Deutsche Bahn AG alle berechneten und noch zu berechnenden Nutzungsentgelte samt Nebenkosten, die durch die Ausstellung „Zug der Erinnerung“ entstanden sind, an den Trägerverein Zug der Erinnerung e.V. zurück zu spenden.

Begründung

Auf ehrenamtlicher Basis durch einen Trägerverein organisiert hat die in Waggons der früheren Deutschen Reichsbahn untergebrachte Ausstellung „Zug der Erinnerung“ seit dem 8. November 2007 an zahlreichen Orten Deutschlands, darunter auch in Wuppertal, das Gedenken an die von den Nationalsozialisten nach Auschwitz verschleppten und dort getöteten Kinder und Jugendlichen vergegenwärtigt und wird am 8. Mai 2008 die Gedenkstätte Auschwitz erreichen.

Die Deutsche Bahn AG als Rechtsnachfolgerin der Deutschen Reichsbahn hat für die Ausstellung Trassenentgelte, Stationsentgelte und Nebenkosten für Strom und Wasser berechnet. Diese Praxis der Gebührenerhebung gefährdet jedoch das Ziel der Initiative, mit Blick auf den Holocaust zu einer angemessenen Erinnerungskultur beizutragen.

Die Deutsche Bahn AG ist jedoch verpflichtet, Entgelte nach den gesetzlichen Bestimmungen gegenüber allen Nutzern in gleicher Weise zu berechnen. Eine rechtliche Möglichkeit, einem Unternehmen die Erhebung von Preisen, die im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen erhoben werden, zu versagen, besteht nicht.

Die Deutsche Bahn AG hat sich aber im Rahmen ihrer eigenen Historie der Verantwortung zu stellen. In keinem Fall darf sie durch eine Förderung der Ausstellung durch den Bund aus dieser Verantwortung entlassen werden und noch weniger darf sie durch die Ausstellung Gewinne erzielen. Sie muss sich ihrer Verantwortung in voller Höhe stellen.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse aus der Schreckenszeit des Dritten Reiches ist, „dass eine Demokratie auf Dauer nur Bestand haben kann, wenn sie von den Menschen getragen wird; wenn diese sich als Bürgerinnen und Bürger verstehen, die selber für die Bewahrung der demokratischen Grundregeln mit verantwortlich sind“. Diese Mahnung anzunehmen und durch das eigene Beispiel zu bezeugen, ist die gemeinsame Aufgabe aller, die in unserer Gesellschaft besondere Verantwortung tragen, nicht nur in der Politik, sondern auch im Bereich der Medien und in der Wirtschaft und damit insbesondere auch auf Seiten der Deutschen Bahn AG, deren Rechtsvorgängerin mit ihrer Beteiligung zum Holocaust entscheidend zur Vernichtung unzähliger Menschen und unzähligen Leiden beigetragen hat.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Bernhard Simon
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Klaus Jürgen Reese
Vorsitzender der SPD-Fraktion